

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Leipzig.
Raben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlagsort:
Gedr. Knauth, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2,00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6,00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 9,00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Erscheinung nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Insertionspreis: die 7 gelbete Nonpareilzeile 50 Pf., darauf 40 Prozent Leerungsgebühr, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag). Inserate sind im Voraus zu bezahlen. Eine Veranschaulichung zur Aufnahme an sonstigen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefveränderung 20 Pf.

Nr. 214.

Dresden, Dienstag den 16. September 1919.

30. Jahrg.

Landesparteitag und Regierungsumbildung.

Am Montag, dem zweiten Verhandlungstage, zeigte es sich deutlich, daß die Parteigenossen einen ernsthaften inneren Kampf durchzuführen, um zu einer Entscheidung darüber zu kommen, ob sie es verantworten können, mit den Demokraten gemeinschaftlich zu regieren. Im allgemeinen betrachtet sind drei Strömungen vorhanden. Die eine ist für die sofortige Regierungsumbildung in dem Sinne, daß Mehrheitssozialisten und Demokraten zusammenarbeiten. Die andre will noch einmal mit den Unabhängigen verhandeln und nur für den Fall, daß diese Verhandlungen abermals scheitern sollten, die Fraktion ermächtigen, die Regierungsbildung in Gemeinschaft mit den Demokraten vorzunehmen. Eine dritte Strömung lehnt zwar eine nochmalige Verhandlung mit den Unabhängigen ab, wünscht aber ein Ultimatum an die Unabhängigen in der Form, daß diese sich erklären sollen, ob sie gewillt sind, nach den Grundsätzen des Erfurter Programms mit den Mehrheitssozialisten gemeinsam eine Regierung zu bilden.

Für die Sozialdemokratische Partei ist die Entscheidung darüber so außerordentlich schwer, weil, wie der sächsische Wirtschaftminister in seiner Rede treffend hervorhob, es in Sachsen Demokraten im wahren Sinne des Wortes fast gar nicht gibt. Hier sind die Demokraten meist nur die Vertreter des alten Großkapitals und des wohlhabenden Handels. Auch ist die Partei zur Zeit stark durchsetzt von denjenigen Leuten, die der Genosse Hellisch, Chemnitz, als die November-Demokraten bezeichnete. Die früher bei den Nationalliberalen gemessen sind und erst als der Wind in Deutschland nach der Revolution plötzlich anders zu wehen begann, sich einen demokratischen Namen gaben, ohne jedoch damit auch schon ein demokratisches Herz zu besitzen. Der sächsische Minister des Innern, Genosse Ullig, erklärte sich entschieden gegen eine nochmalige Verhandlung mit den Unabhängigen, weil es diese, wie er nicht mit Unrecht hervorhob, nach den bisherigen Erfahrungen oft an der nötigen Ehrlichkeit unserer Partei gegenüber haben fehlen lassen.

Eigentlich wäre ja der Konflikt überhaupt nur dadurch richtig zu lösen, daß man es auf eine Auflösung des Landesparlamentes ankommen ließe. Dem Landesparteitag liegt auch ein dahingehender Antrag vor. Nur gehen die Meinungen darüber auseinander, ob es taktisch klug wäre, es jetzt schon auf einen Wahlkampf ankommen zu lassen. Der Genosse Schwarz war zwar der Meinung, daß dann, wenn wir mit dem nötigen Eifer und Organisationsstolz in einen Wahlkampf eintreten und eine sehr große Anzahl von Vertretungen abhalten würden, wir es sicher mit einem guten Erfolge schaffen könnten. Die Zahl der Delegierten, die diese Auffassung ebenfalls teilen, ist nicht gering. Daneben besteht jedoch eine andre Gruppe, die der Meinung ist, daß man den Zerlegungsprozess, in dem sich gegenwärtig offenbar die Unabhängigen Sozialdemokraten befinden, noch weiter herantreiben lassen solle, weil es dann leichter sei, die Wahlkämpfe zu schlagen. Fast völlige Übereinstimmung herrscht darüber, daß nichts unversucht gelassen werden darf, um die Arbeiter, die jetzt den Unabhängigen noch nachlaufen, wieder zurückzugewinnen.

Offenbar überwiegen in der Debatte die Redner, die sich nur ungern an die Demokraten anlehnen würden. Genosse Hellisch setzte sich noch mit dem Reichswehrminister auseinander und erklärte ihm, daß die Kritik, die an der Reichswehr geübt wurde, lediglich der großen Sorge entspringe, daß die Reichswehr eines Tages zu einem Machtinstrument der früher herrschenden Klasse werden könne, wenn sie nicht von den Einflüssen der Reinhardt und Konsorten befreit würde. Das Schicksal der Arbeiterklasse könnte sonst eines Tages ganz furchtbar sein.

Obwohl sich der Landesvorsitzende Genosse Endermann sowie auch einige andre Redner noch einmal eingehend dafür einsetzten, daß es sich mit der Würde der Partei nicht vertrüge, abermals mit den Unabhängigen in Verbindung zu treten, wurde doch folgender Antrag angenommen:

„Die Landesversammlung der Sozialdemokratischen Fraktion erklärt, daß die Bildung der Landesregierung nach parlamentarisch-demokratischen Grundsätzen zu erfolgen hat. Die Fraktion wird beauftragt, nochmals zu diesem Zweck mit den Parteien Fühlung zu nehmen. Lehnen es die Unabhängigen nach wie vor ab, auf dem Boden des demokratischen Sozialismus mit uns zu arbeiten, so ist eine Regierungsbildung mit dieser Partei unmöglich. Ist eine Regierungsbildung mit den bürgerlichen Demokraten nur möglich unter Vorbehalt unserer demokratisch-sozialistischen Wirtschaftsgrundsätze, so ist an die Entscheidung des Landes zu appellieren.“

Die Mehrheit des sächsischen Landestages hat dadurch bekräftigt, daß sie erst dann bereit ist, mit den Bürgerlichen eine Regierungskoalition einzugehen, wenn auch der abermalige und letzte Versuch, eine genügt-sozialistische Regierung zu bilden, scheitern sollte. Damit hat die Sozialdemokratische Partei Sachsen den Unabhängigen eine furchtbare Verantwortung aufgebürdet. Es wird abzuwarten sein, ob die Unabhängigen den Mut haben werden, durch ihr weiteres unvernünftiges Verhalten den Eintritt der Demokraten in die Regierung zu verschulden.

Im weiteren Verlauf des Sitzungstages wurden Organisationsfragen behandelt, die nicht minder wichtig sind wie die taktischen Fragen. Am heutigen Dienstag wird die Tagung zu Ende geführt.

Rund um die Adria.

Der Friedensvertrag hat bekanntlich auch bei den „Siegen“ auf dem Balkan so wenig Anklang gefunden, daß eine ganze Reihe von Staaten die Unterschrift verweigerte. Die Wirkungen der Nichtunterzeichnung machen sich zunächst in Rabinetskrisen bemerkbar. Bratiano in Rumänien ist zurückgetreten, jetzt kommt aus Belgrad eine Nachricht, die ausdrücklich besagt, daß auch der Grund für den Rücktritt des serbischen Kabinetts in den diplomatischen Schwierigkeiten liegt, die aus der Nichtunterzeichnung des Friedensvertrags mit Österreich entstanden seien.

Ein Kabinettswechsel wird auch aus Ungarn gemeldet. Zum Minister des Innern wurde Graf Joseph Zomjisch ernannt; von Pejar ist zum Minister ohne Portfeuille ernannt worden mit der Aufgabe, die Verhandlungen mit den auswärtigen Mächten in Budapest zu führen. Die Portfeuille für Handel und Industrie sind vorläufig unbesetzt.

Die oft versprochene, aber bis heute nicht vollzogene Räumung Ungarns will der Verband jetzt mit Gewalt von

den Rumänen erzwingen. Diese haben von der Entente neuerdings ein Ultimatum erhalten, sofort mit dem Abzug aller ihrer Truppen aus Budapest und dem ganzen westlich davon gelegenen Gebiet zu beginnen. Die Rumänen müssen sich hinter die von der Entente festgelegte Demarkationslinie zurückziehen. Sollten sie sich weigern, so würde Constanza bombardiert werden. Zugleich wird Rumänien mitgeteilt, daß es nicht mehr darauf rechnen könnte, die ihm im Vertrag von 1915 zugesprochene Grenze gegen Ungarn zu erhalten, nachdem Rumänien selbst alle Abmachungen und alle Forderungen der Entente mißachtet hat.

Ein schärfes Schlaglicht auf die klaffenden Risse im Bau des Verbandes warf auch das Humeabenteuer d'Annunzio's. Bezeichnend war das eilige Schweigen, mit dem die Kammer Rittis offizielles Bedauern über den Streich beantwortete. Jetzt gehen uns noch folgende Meldungen aus Italien zu:

Batoglio erhielt einen Aufruf, worin er die in Hume befindlichen italienischen Soldaten auffordert, innerhalb von 3 Tagen zu ihren Truppenkörpern zurückzukehren, widrigenfalls sie als Deserteur angezogen würden. Zahlreiche Soldaten der Brigade der Adria leisteten dem Befehl sofort Folge. Die amerikanischen Truppen haben Hume verlassen, dagegen sind die französischen Truppen zurückgeblieben.

Die italienische Regierung hat die Veröffentlichung aller Nachrichten über Hume verboten. Die bereits aufgekommene Zeitungssensur wurde deshalb wieder eingeführt. Der Corriere della Sera stellt fest, daß die Rede des Ministerpräsidenten Ritti keineswegs die Zustimmung des Landes gefunden habe. Neben der Haltung der Verbündeten wegen der Vorfälle von Hume liegen verschiedene Nachrichten vor, die einander widersprechen. Der Corriere della Sera sagt, die Verbündeten hätten nur Aufklärung verlangt und es sei im übrigen Italien vollumfänglich überlassen, selbst Ordnung zu schaffen. Dagegen bemerkt der Corriere d'Italia, daß England und Frankreich Protest erhoben hätten, während Amerika sich stillschweigend verhalten habe.

Dagegen bessern sich die deutsch-italienischen Beziehungen von Tag zu Tag. Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt:

Obgleich der förmliche Friedenszustand zwischen Deutschland und Italien noch nicht besteht, macht die Beratung zahlreicher schwebender Angelegenheiten, die zwischen den beiden Staaten verhandelt werden, sowie auch die Pflege der wirtschaftlichen Beziehungen bereits jetzt dauernde Vertretungen zur Notwendigkeit. Deutschland wird sich, wie wir erlauben, der Generalkonferenz der Römischen Konferenz bei der Führung der Gespräche und der Legationstätigkeit unterstützt werden, der bisher der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes angehörte.

Schleuderpreise bei Auslandsverkäufen.

Die deutsche Valuta ist in der vergangenen Woche in geradezu bedrohlicher Weise weiter gesunken. In Zürich wurden 100 M. jetzt nur mit 21 Fr. bewertet. Auf der Berliner Börse wurden für 100 Fr. Devisen auf Zürich geboten: am 12. 9. 45%, am Sonnabend schon 42% und am Montag 40%. Da der Friedenskurs des Franken 81 betrug, so bedeutet die geringe Bewertung der Mark, daß uns alle ausländischen Waren jetzt um das Sechsfache verteuert werden. Wenn der Fall der Valuta so weiter geht, so sind wir bald auf dem Punkt angelangt, wo das Ausland für unsere Mark überhaupt nichts mehr gibt. Dann wird die Wareneinfuhr, die jetzt durch den schlechten Stand der Valuta schon so stark erschwert ist, überhaupt aufhören und wir bekämen einen Zustand, der noch schlimmer wäre als der, der vor Aufhebung der Blockade bestand, bei dem damals konnten wir wenigstens aus neutralen Ländern etwas einführen, was bald kaum mehr möglich sein wird.

Mit dem schlechten Stand der Valuta hängt es zusammen, daß auf der Börse sowohl ausländische als auch manche einheimischen Papiere stark im Kurs steigen. Es sollen viele solcher Papiere nach dem Ausland gehen, das sich mit Hilfe der niedrigen Valuta so billig in den Besitz dieser Werte setzen kann.

Der außerordentlich niedrige Stand der Valuta bringt auch die Gefahr mit sich, daß wir die Waren, die wir nach dem Ausland ausführen, verschleudern. Der hohe Preisstand aller Waren im Inland war sicher mit einer der Ursachen der niedrigen Bewertung der deutschen Mark. Aber jetzt wird unser Geld im Ausland noch niedriger bewertet, als das durch seine Entwertung im Inland und der entsprechenden hohen Preisstand gerechtfertigt wäre. In Deutschland sind viele Waren um nicht mehr als das Vierfache verteuert, im Ausland aber wird eine Mark nur mit dem sechsten Teil ihres früheren Wertes bezahlt. Nehmen wir z. B. an, eine Maschine, die früher 300 M. gekostet hat, kostet jetzt in Deutschland 1200 M. Im Frieden, wo für 100 M. ungefähr 123 Fr. bezahlt werden mußten, kostete dem Ausländer, der in Frankreich zahlte, diese Maschine 370 Fr. Heute, wo im 100 M. nur 21 Fr. kosten, hätte er für dieselbe Maschine, wenn ihr Preis in Deutschland 1200 M. beträgt, nur 12 x 21 = 252 Fr. zu zahlen. Würden wir genügend Waren für die Ausfuhr haben, so würde sich unsere Valuta wahrscheinlich schnell wieder heben, aber infolge unserer augenblicklichen Notlage ist ja unsere Ausfuhr nur sehr beschränkt leistungsfähig. Im Ausland beginnt man bereits Angst vor der billigen deutschen Ausfuhr zu haben, und in Frankreich trägt man sich schon mit dem Gedanken, Einfuhrzölle auf deutsche Waren zu erheben. Gedächte das, so würden die billigen Preise der deutschen Waren den Franzosen direkt ihr Staatsbüdel füllen. Das wäre natürlich heller Wahnsinn. Es besteht auch infolge des

niedrigen Standes der Valuta die Gefahr, daß Waren aus Deutschland ausgeführt werden, die wir dringend brauchen. Es ist zwar die Ausfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten verboten, aber dieses Verbot gibt, wie in einem Artikel des Tags hervorgehoben wird, keinen genügenden Schutz. Einmal deshalb, weil ganz unbestimmt ist, was eigentlich Halbfabrikate sind und weil auch die Ausfuhr von manchen Fertigfabrikaten, z. B. von Werkzeugmaschinen, oft sehr wenig erwünscht sein dürfte.

Kun besteht, wie wir bereits früher einmal ausgeführt haben, eine gewisse Ausfuhrkontrolle. Es wird von den Exporteuren verlangt, daß sie bei den Waren, die sie nach dem Ausland verkaufen, Preisauflagen auf den Inlandspreis nehmen. Aber die Preisauflagen, die auf diese Weise vorgenommen werden, scheinen nicht zu genügen, um einem zu billigen Verkauf deutscher Waren nach dem Ausland vorzubeugen. Diese Preisauflagen kommen heute denjenigen zugute, die Waren ausführen. Werden die Auflagen bei Auslandsverkäufen noch mehr erhöht, als das bisher der Fall war, so würden diesen Leuten aus dem Auslandsverkehr ganz außerordentlich hohe Gewinne zufließen. Es würde auf diese Weise ein Nachkriegsgewinnletztum geschaffen werden. Natürlich werden Fabrikanten und Kaufleute versuchen, die dazu geeigneten Waren möglichst nach dem Ausland zu verkaufen, und ein Steigen auch der Inlandspreise muß, wenn den Dingen freier Lauf gelassen wird, die notwendige Folge sein. Nun könnte man die Frage aufwerfen, ob es nicht überhaupt richtig wäre, unsere Preise des Standes der Mark im Ausland anzupassen. Das heißt, bei uns die Preise und damit natürlich auch die Löhne so in die Höhe gehen zu lassen, daß trotz der geringen Bewertung der Mark die Gefahr einer Verfallenderung der Waren nach dem Ausland nicht mehr besteht. Eine solche neue Preisrevolution wäre aber mit den größten Nachteilen verbunden. Es würde dabei ohne Vorkontrollen und Streiks, die unser Volk wieder schwer schädigen würden, nicht abgehen. Außerdem würden diejenigen Schichten, die die Geldentwertung durch die Erhöhung ihrer Bezüge nur schwer ausgleichen können, in noch größerer Notlage kommen als bisher, so die Beamten, Rentner und u. a. Die kleinen Vermögen würden stark entwertet werden, hingegen alle diejenigen, die im Besitz von Sachwerten sind, würden begünstigt, so besonders die Herren von der Großindustrie, deren Vermögen in Fabriken, Maschinen usw. angelegt ist. Die Kaufkraft von Reich, Staat und Gemeinde kämen noch mehr in Unordnung, weil die Einnahmen der öffentlichen Körperschaften nicht so schnell steigen würden wie die Ausgaben. Außerdem wäre es zweifelhaft, ob dann der Ausgleich zwischen dem Wert unseres Geldes im In- und Ausland überhaupt erreicht werden könnte. Steigen bei uns Warenpreise und